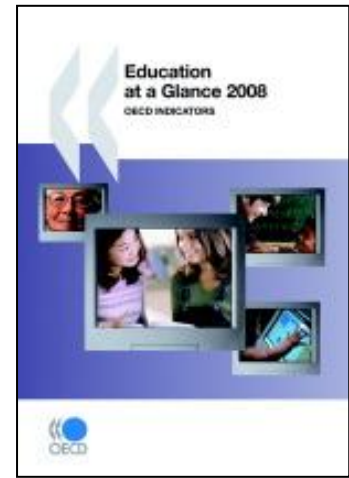


Education at a Glance 2008: OECD Indicators

Summary in German



Bildung auf einen Blick 2008: OECD-Indikatoren

Zusammenfassung in Deutsch

- *Bildung auf einen Blick* ist das jährlich erscheinende Kompendium der OECD mit international vergleichbaren Bildungsstatistiken.
- In der Ausgabe 2008 wird die kontinuierliche Ausweitung des Bildungssektors untersucht, die dazu führte, dass heute 57% aller jungen Menschen ein Studium aufnehmen.
- Internationale Vergleiche können den Bildungssystemen bei der Bewältigung der mit dieser Ausweitung verbundenen Herausforderungen helfen, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, ihre Leistung im Licht dessen zu sehen, was in anderen Ländern in der Bildungspolitik geschieht.

6,1% ihres Gesamt-BIP für Bildung aus (alle Bildungsbereiche zusammen), wovon 86% aus öffentlichen Quellen stammten, zudem wendeten 21 von 28 OECD-Ländern mindestens 5% ihres BIP für Bildungszwecke auf (**Indikator B2**). Ein weiteres sichtbares Zeichen für die von den Regierungen unternommenen Anstrengungen ist die Tatsache, dass die öffentlichen Bildungsausgaben zwischen 1995 und 2005 im Verhältnis zu den gesamten öffentlichen Ausgaben um über 1 Prozentpunkt gestiegen sind, nämlich von 11,9% auf 13,2%. In allen Ländern außer Frankreich, Kanada, Portugal, der Schweiz und Ungarn sind die Bildungsausgaben mindestens mit in der gleichen Geschwindigkeit gewachsen wie die öffentlichen Ausgaben für andere Bereiche (**Indikator B4**).

Zusätzlich zur Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben wurde auch versucht, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, um dem raschen Wachstum der Zahl der Schüler und vor allem der Studierenden im Tertiärbereich gerecht zu werden und die für Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel aufzustocken (**Indikator B3**). Obwohl nach wie vor 86% der Bildungsausgaben aus öffentlichen Quellen stammen (alle Bildungsbereiche zusammen), sind die privaten Bildungsausgaben zwischen 1995 und 2005 in fast drei Vierteln der betrachteten Länder stärker gestiegen als die öffentlichen Ausgaben. In einigen Ländern ist der Anteil der privaten Mittel an der Finanzierung tertiärer Bildungseinrichtungen inzwischen so hoch, dass die verbreitete Ansicht, wonach tertiäre Bildung in erster Linie in den Aufgabenbereich des Staats fällt, in Frage gestellt scheint. In der Tat weicht diese Ansicht nach und nach der Auffassung, dass die Kosten und Zuständigkeiten für die Bereitstellung der Bildung, insofern diese sowohl staatliche als auch individuelle Erträge bringt, ebenfalls zwischen denjenigen, die direkt davon profitieren, und der Gesellschaft insgesamt (d.h. Privathaushalten, Unternehmen und Staat) geteilt werden sollten, zumindest im tertiären Bereich (**Indikator B3**).

Die diesjährigen Indikatoren zeigen zwar ganz klar die Anstrengungen zur Erhöhung der Bildungsinvestitionen, offen bleibt dabei jedoch die Frage, ob die Ressourcen mit den demografischen und strukturellen Veränderungen Schritt halten konnten, die in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden haben. Die **Indikatoren B1 und B2** machen deutlich, dass die Bildungsausgaben im Primar- und Sekundarbereich zwischen 1995 und 2005 in allen Ländern stärker gestiegen sind als die Schülerzahlen und in über zwei Dritteln der Länder sogar stärker als das BIP pro Kopf. Auch wenn sich das Wachstum der Ausgaben für die Primar- und Sekundarbildung pro Schüler in den Jahren 2000-2005 gegenüber dem Zeitraum 1995-2000 im Durchschnitt verlangsamt hat, sind die Ausgaben in dieser Periode in acht OECD- und Partnerländern doch immer noch um mindestens 30% gestiegen (**Indikatoren B1 und B2**). Somit haben die verfügbaren Mittel je Schüler im Primar- und Sekundarbereich in den letzten zehn Jahren beträchtlich zugenommen. Zudem wird sich der Umfang der Schülerpopulation im Alter zwischen 5 und 14 Jahren in 23 der 30

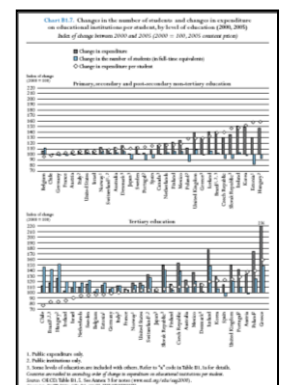
OECD-Länder in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich verringern (**Indikator A11 in *Bildung auf einen Blick 2006***), woraus sich schließen lässt, dass die Ressourcen je Schüler im Primar- und Sekundarbereich im Fall eines konstant bleibenden Gesamthaushalts weiter steigen könnten. Damit würden Mittel frei, die für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Unterrichtsprogramme und der Schülerleistungen benötigt werden.

Im Tertiärbereich stellt sich das Bild allerdings anders dar. Im Zeitraum 1995-2005 sind die Ausgaben je Studierenden dort z.T. geschrumpft, da die Ausgaben mit den wachsenden Studierendenzahlen nicht mithalten konnten. Sollte die Zahl der Studierenden weiter steigen, könnte sich der Trend hin zu sinkenden Ausgaben je Studierenden ohne zusätzliche Investitionen sogar noch beschleunigen, insbesondere angesichts des im OECD-Raum verzeichneten Zustroms ausländischer Studierender, der für zusätzlichen Druck in Ländern sorgt, in denen ausländische Studierende nicht in vollem Umfang für die Kosten ihrer Ausbildung aufkommen (**Indikator C3**). Bei Fortsetzung der derzeitigen Trends könnte es zudem zu einer Vergrößerung der im Ländervergleich festzustellenden Unterschiede des Finanzierungsniveaus kommen. 2005 schwankten die Ausgaben je Studierenden um den Faktor 7, wobei das Spektrum von 3 421 US-\$ in der Russischen Föderation bis zu über 20 000 US-\$ in der Schweiz und den Vereinigten Staaten reichte (**Indikator B1**).

Die Deckung des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs stellt somit eine deutliche Herausforderung dar, zumindest im Tertiärbereich. Klar ist aber auch, dass es mit mehr Geld allein nicht getan ist. Die Bildungsinvestitionen müssen auch wesentlich effizienter werden. Die Hauptabteilung Wirtschaft der OECD hat diese Frage untersucht, und ihren Schätzungen zufolge könnten die Absolventenzahlen unter Beibehaltung des derzeitigen Ausgabenniveaus potenziell um 22% gesteigert werden (**Indikator B7 in *Bildung auf einen Blick 2007***). Daran wird deutlich, welche großen Anstrengungen nötig sind, wenn sich das Bildungswesen „neu erfinden“ soll, wie dies andere Berufsbereiche bereits getan haben, und das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbessert werden soll. Ergebnisse der PISA-Studie haben zudem gezeigt, dass der im Ländervergleich festzustellende Zusammenhang zwischen den in die Bildung investierten Mitteln und den Lernerträgen bestenfalls moderat ist, woraus sich schließen lässt, dass Geld zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Vorbedingung für gute Bildungsergebnisse ist.

In der diesjährigen Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* wird diese Diskussion weitergeführt (**Indikator B7**) und untersucht, welche politischen Entscheidungen die Länder im Hinblick auf den Einsatz ihrer Ressourcen treffen, wobei auch die Trade-offs zwischen der Zahl der Unterrichtsstunden der Schüler, der Zahl der Schuljahre, der Zahl der Unterrichtsstunden der Lehrkräfte, der Klassengröße (Hilfsgröße) und den Lehrergehältern (**Indikatoren C4, D1, D2, D3 und D4**)

[Abbildung B1.7 Veränderung der Zahl der Schüler/Studierenden sowie Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden, nach Bildungsbereich \(2000, 2005\)](#)



betrachtet werden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich hinter ähnlichen Ausgabenniveaus in verschiedenen Ländern eine Vielzahl kontrastierender politischer Optionen für den Sekundarbereich II verbergen kann. Dies erklärt z.T., warum zwischen der Gesamthöhe der Bildungsausgaben und dem Leistungsniveau der Schüler kein einfacher Zusammenhang besteht. In Korea und Luxemburg z.B. liegen die Lehrergehälter je Schüler (die zur Berücksichtigung signifikanter Unterschiede zwischen dem Nationaleinkommen der einzelnen Länder in Prozent des BIP pro Kopf ausgedrückt werden) weit über dem OECD-Durchschnitt (15,5% bzw. 15,2% im Vergleich zu durchschnittlich 10,9%). Korea investiert die Ressourcen jedoch so, dass die Lehrkräfte relativ hohe Gehälter erhalten, wofür vergleichsweise große Klassen in Kauf genommen werden, während die überdurchschnittlich hohen Lehrergehälter je Schüler in Luxemburg fast in vollem Umfang auf sehr kleine Klassengrößen zurückzuführen sind (**Indikator B7**). Wenn das Bildungsangebot effizienter werden soll, müssen die Länder bei solchen Verteilungsentscheidungen sorgfältig abwägen und ihr Wissen darüber verbessern, wie sich diese Entscheidungen auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis auswirken.

Bei der Analyse treten noch einige andere Trends zu Tage. In den Ländern, in denen die Lehrergehälter je Schüler im Sekundarbereich II (in Prozent des BIP pro Kopf) am niedrigsten sind, ist dies in der Regel in erster Linie auf ein vergleichsweise geringes Gehaltsniveau im Verhältnis zum BIP pro Kopf zurückzuführen. Das gilt für Irland, Island, Norwegen, Polen, Schweden und die Slowakische Republik. Die wichtigste Ausnahme bildet Mexiko, wo die Lehrergehälter im Verhältnis zum BIP pro Kopf weit über dem OECD-Durchschnitt liegen, was aber durch große Klassengrößen aufgewogen wird (**Indikator B7**).

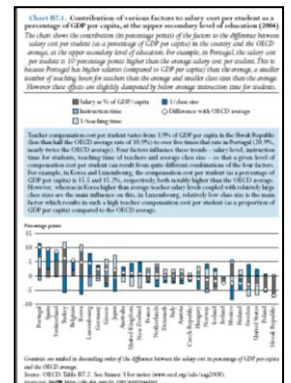
Länder mit steigenden Ausgaben je Schüler müssen auch hier genau untersuchen, wie die entsprechenden Mittel eingesetzt werden.

Die im Tertiärbereich zu beobachtenden Finanzierungsstrukturen unterscheiden sich von denen im Primar- und Sekundarbereich. Insbesondere ist der Einsatz privater Mittel wesentlich weiter verbreitet als im Primar- und Sekundarbereich. Die privaten Mittel machen im Durchschnitt 27% der Gesamtausgaben aus, in Australien, Japan, den Vereinigten Staaten sowie dem Partnerland Israel übersteigen sie die 50%-Marke, und in Korea sowie dem Partnerland Chile belaufen sie sich auf über 75% (**Indikator B3**). Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Mitteln zum einen und die Fähigkeit der Länder zur Bereitstellung verschiedener Formen öffentlicher Unterstützung für tertiäre Bildungseinrichtungen zum anderen sind zwei Faktoren, die mit erklären können, warum bei den Ansätzen zur Finanzierung der tertiären Bildung so große Unterschiede festzustellen sind. Manche Länder haben neue private Finanzierungsquellen erschlossen, andere haben die öffentliche Finanzierung ausgeweitet, und Ländern, die keines von beidem getan haben, bereitet es

Abbildung B3.1 Anteil der privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen (2005)



Abbildung B7.1 Beitrag verschiedener Faktoren zu den Gehaltskosten pro Schüler als Prozentsatz des BIP pro Kopf, Sekundarbereich II (2004)



zunehmend Schwierigkeiten, Qualität und Ausweitung des Bildungswesens miteinander zu vereinbaren.

In den nordischen Ländern wurde die Bildungsexpansion bislang durch massive öffentliche Ausgaben für die tertiäre Bildung sowohl zur Unterstützung von Bildungseinrichtungen als auch von Studierenden und privaten Haushalten vorangetrieben. Diese Ausgaben werden als eine Investition betrachtet, die hohe Erträge für den Einzelnen und die gesamte Gesellschaft abwirft. Andere Länder, z.B. Australien, Japan, Kanada, Korea, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, haben die Teilnahme an tertiärer Bildung ausgeweitet, indem sie einen Teil der finanziellen Belastung auf die Studierenden und deren Familien verlagert haben. In vielen dieser Länder erheben die Bildungseinrichtungen Studiengebühren (häufig mit einer Obergrenze), die je nach den Arbeitsmarktaussichten der Studierenden und dem zu erwartenden Verdienstniveau nach Erlangung des Abschlusses variieren können (**Indikator B5**). Diese Maßnahmen werden häufig durch finanzielle Unterstützung für sozial schwächere Studierende, z.B. in Form von Darlehen und/oder Stipendien, sowie durch das Angebot von Studiendarlehen zu vergünstigten Bedingungen für sämtliche Studierende flankiert. In Australien und Neuseeland werden beispielsweise neben einkommensabhängigen Darlehenssystemen, die zweckgebunden zur Bezahlung von Studiengebühren eingesetzt werden können, und allen Studenten zur Verfügung stehen, Studierenden mit ungünstigerem sozioökonomischen Hintergrund bedürftigkeitsabhängige Einkommensunterstützungsmaßnahmen zur Finanzierung von Lebenshaltungskosten angeboten. Auf diese Weise konnte eine Beschränkung des Zugangs sozial schwächerer Gruppen zur tertiären Bildung vermieden werden.

Viele europäische Länder haben jedoch die öffentlichen Investitionen in die Hochschulbildung nicht in dem Maße angehoben, wie für eine Aufrechterhaltung des früheren Ausgabenniveaus je Studierenden nötig gewesen wäre. Sie gestatten es den Hochschulen dennoch nicht, Studiengebühren zu erheben. Dies hat zur Folge, dass sich die dortigen Hochschulen mit zunehmenden Haushaltsproblemen konfrontiert sehen, was letztlich die Qualität des Bildungsangebots beeinträchtigen könnte. Die durchschnittlichen Ausgaben je Studierenden im Tertiärbereich liegen in den meisten europäischen Ländern inzwischen bezeichnenderweise deutlich unter 50% des Niveaus in den Vereinigten Staaten. Die Entscheidung zwischen einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen und einem größeren Anteil privater Mittel ist zwar schwierig, aber weder das eine noch das andere zu tun, dürfte angesichts der steigenden Nachfrage nach einer verstärkten und besseren tertiären Bildung keine Option mehr darstellen.

Bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungssysteme müssen die Länder einen mehrgleisigen Ansatz zur Sicherung einer adäquaten Finanzierung der Bildung verfolgen. Sie sollten nicht nur untersuchen,

ob der Bildung bei der Allokation öffentlicher Mittel besondere Priorität eingeräumt werden sollte, sondern müssen sich u.U. auch mit der Frage auseinandersetzen, wie mehr private Mittel für die tertiäre Bildung mobilisiert werden können, welche Bereiche im Hinblick auf eine Verbesserung der Qualität innerhalb des Bildungssystems Vorrang haben sollten und wie die Ressourcen effizienter eingesetzt werden könnten. Eine Herausforderung besteht dabei darin, dies so zu gewährleisten, dass die Chancengerechtigkeit gewahrt bleibt. Die Indikatoren zeigen, dass junge Menschen in vielen Ländern mit größerer Wahrscheinlichkeit an tertiärer Bildung teilnehmen, wenn ihre Väter bereits über einen tertiären Abschluss verfügen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Förderung des generationsübergreifenden Fortschritts bei den Bildungsabschlüssen. Eine Möglichkeit zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit beim Zugang zur tertiären Bildung wäre, die öffentliche Unterstützung zu verstärken und das richtige Gleichgewicht zwischen finanzieller Hilfe in Form von Studiendarlehen und Stipendien herzustellen. Analysen zufolge sind Stipendien wirkungsvoller als Studiendarlehen, um sozial Schwächere zur Fortsetzung ihrer Bildung zu bewegen, während sich Studiendarlehen eher für sozioökonomisch besser gestellte Gruppen eignen (**Indikatoren A7 und B5**).

Neben der Frage der Ressourcenallokation könnten auch verbesserte Orientierungsmechanismen, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, sachkundige Entscheidungen zwischen sekundären und tertiären Bildungsprogrammen zu treffen, Auswirkungen auf die Abschlussquoten haben und den Ausgabendruck senken, da im Durchschnitt der 19 OECD-Länder, für die entsprechende Daten vorliegen, rd. 31% der Studierenden den tertiären Studiengang, in den sie sich einschreiben, nicht abschließen (**Indikatoren A3 und A4**).

Indikator A1 deutet zudem darauf hin, dass die Anpassung von nicht hinreichend auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts ausgerichteten Bildungsprogrammen an den wachsenden Humankapitalbedarf in bestimmten Sektoren ein Problem darstellt. In den OECD-Ländern ist der Anteil der anspruchsvollen Arbeitsplätze in der Wirtschaft im Allgemeinen höher als das potenzielle Angebot an Arbeitskräften mit entsprechend hohem Bildungs- und Qualifikationsniveau.

Die Steuerung des Ausbaus und der Entwicklung der Bildungssysteme in einer Weise, die zu Verbesserungen beim Zugang, Steigerungen der Qualität und einem günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis führt, ist mit schwierigen Herausforderungen verbunden, für deren Bewältigung die Länder Mittel und Wege finden müssen. Die Wissensgesellschaft ist keine vorübergehende Erscheinung, und sie erfordert fähige, hochqualifizierte und innovative Bürgerinnen und Bürger. Am Anstieg der Bildungsbeteiligung zeigt sich, dass diese Botschaft bei den jungen Menschen und ihren Familien angekommen

ist. Auch wenn niemand voraussagen kann, wie weit die Ausweitung der tertiären Bildung noch gehen wird, benötigen die Länder doch dauerhaft tragfähige Finanzierungssysteme, um wachsenden Studierendenzahlen gerecht zu werden. Untätigkeit in diesem Bereich könnte zur Folge haben, dass aus der Wissensgesellschaft eine zweigeteilte Gesellschaft wird: auf der einen Seite jene, die sich Bildung leisten können, auf der anderen jene, denen dies nicht möglich ist.

Deshalb müssen schwierige Entscheidungen getroffen werden. Ein wichtiges Ziel der diesjährigen Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* besteht darin aufzuzeigen, wie bei einigen dieser politischen Entscheidungen in verschiedenen Ländern vorgegangen wird. Es muss wesentlich mehr getan werden, um zu analysieren, wie die fraglichen politischen Optionen und Maßnahmenpakete im Hinblick auf die Förderung des Lernerfolgs von Schülern und Studierenden im jeweiligen nationalen Kontext am wirkungsvollsten kombiniert werden können. Internationale Vergleiche können ein nützliches Instrument sein, um dies zu erleichtern. Sie gestatten es den Bildungssystemen, ihre eigene Leistung im Licht der Maßnahmen zu sehen, die in anderen Ländern der Welt geplant, eingeführt und mit Erfolg umgesetzt werden. Sie zeigen auch, was im Bildungswesen im Hinblick auf Qualität, Chancengerechtigkeit und Effizienz des Bildungsangebots erreicht werden kann, und ermöglichen eine bessere Analyse der Frage, wie unterschiedliche Bildungssysteme mit ähnlichen Problemen umgehen.

In der diesjährigen Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* werden darüber hinaus folgende Fragen untersucht: Was leisten 15-Jährige im Bereich Naturwissenschaften (**Indikator A5**)? Wie sind die Eltern zur Schule und zum Lernen im Bereich Naturwissenschaften eingestellt (**Indikator A6**)? Hat der sozioökonomische Status der Eltern Einfluss auf die Teilnahme ihrer Kinder an Hochschulbildung (**Indikator A7**)? Für welche Ressourcen und Dienstleistungen werden die Bildungsbudgets verwendet (**Indikator B6**)? Wie verbreitet sind berufsbildende Programme (**Indikator C1**)? In welchem Umfang nehmen Erwachsene an berufsbezogener Fort- und Weiterbildung teil (**Indikator C5**)? Wie werden in den Bildungssystemen Evaluierungen und Beurteilungen genutzt (**Indikator D5**) und schließlich, auf welcher Ebene werden Entscheidungen im Bildungssystem getroffen (**Indikator D6**)?

Die OECD wird auch in Zukunft aktiv an der Weiterentwicklung politikrelevanter internationaler Vergleiche arbeiten, nicht nur in Bereichen, in denen solche Vergleiche bereits heute möglich sind, sondern auch in solchen, in denen noch erhebliche Investitionen in konzeptionelle Arbeiten getätigt werden müssen. Der Start der von der OECD initiierten Internationalen Studie zum Lehren und Lernen (TALIS), der sowohl in konzeptioneller als auch in methodologischer Hinsicht einen entscheidenden Durchbruch darstellt, die Weiterentwicklung der Internationalen Schulleistungsstudie PISA der OECD

und deren Ergänzung durch die Internationale Vergleichsstudie zu Kompetenzen Erwachsener (PIAAC) ebenso wie die ersten Arbeiten zu Möglichkeiten für die Bewertung der Ergebnisse von Hochschulbildung (AHELO) sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieses Ziels.

Der vollständige Bericht ist verfügbar unter www.oecd.org/edu/eag2008

Diese Zusammenfassung enthält **Statlinks**, die den Leser zu den entsprechenden Daten im Excel-Format weiterleiten.

© OECD 2008

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter [Bookshop www.oecd.org/bookshop/](http://www.oecd.org/bookshop/)

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

